

Vertrauen



Benjamin Lassiwe
über das Weltfriedenstag

Es ist ein großes Hoffnungszeichen: In Münster und Osnabrück treffen sich in diesen Tagen 5000 Religionsvertreter aus aller Welt, um über „Wege des Friedens“ nachzudenken. Sicher, durch einen Kongress von Funktionären wird auf dieser Welt kein Bürgerkrieg beendet. Aber es gibt Begegnungen: Vertreter irakischer Muslime, Jesiden und Christen diskutieren gemeinsam über den Wiederaufbau ihres Landes. Muslimische Gelehrte aus Saudi-Arabien und dem Oman sprechen mit Kirchenvertretern über Wege des Zusammenlebens. Was in ihren Heimatländern oft nicht möglich wäre, kann bei so einem Kongress gelingen: Menschen kommen miteinander ins Gespräch. Neues Vertrauen entsteht.

Das ist bitter nötig. Angela Merkel hat recht, wenn sie bei der Kongresseröffnung sagt: „Dialog zwischen verschiedenen Religionen ist möglich, er ist aber auch nötig.“ Gerade in einer Zeit, in der islamistische Fundamentalisten Messer und Bomben sprechen lassen, braucht es Räume für Begegnungen all jener, die sich vom Terrorismus nicht erschrecken lassen. Nur so wird es gelingen, falsche Prophezen in ihre Schranken zu weisen. Das Treffen in Münster kann ein kleiner Schritt sein.

Bericht Seite 4
politik@weser-kurier.de



Klaus Stüttmann

Chance



Peter Mlodoch
über die neue GEW-Chefin

Die Probleme sind gewaltig. Niedersachsen stöhnt – wie die anderen Bundesländer auch – über einen immensen Lehrermangel. Die aktiven Lehrkräfte beklagen sich über hohe Belastungen und fordern eine spürbare Reduzierung ihrer Unterrichtszeiten. Die Inklusion, der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Handicap, läuft alles andere als rund.

Mitten in dieser schwierigen Lage und kurz vor den Landtagswahlen taucht Niedersachsens größte Lehrervertretung, die Bildungsgewerkschaft GEW, ihre Führungsspitze aus: Die junge Vizechefin Laura Pooth soll im September den erfahrenen Kämpfer Eberhard Brandt ablösen. Aber abgesehen davon, dass dieser Wechsel allein schon aus Altersgründen erforderlich ist, liegt in ihm auch eine große Chance. Die frühere Hauptschullehrerin bringt frischen Wind in eine manchmal recht angestaubte wirkende Organisation. Natürlich wird auch Pooth hart für die Interessen ihrer Mitglieder ringen. Gleichzeitig aber kann es ihr gelingen, alte Grabenkämpfe zu überwinden – einmal innerhalb der verschiedenen Lehrergremien selbst, aber auch gegenüber der künftigen Landesregierung.

Bericht Seite 12
hannover@weser-kurier.de

Eine Offensive in Zeitlupe



Silke Hellwig
über die Bildung

Die Überschrift ist vielversprechend: „Qualitätsoffensive für Bildung der Freien Hansestadt Bremen“ lautet der Titel des 16-seitigen Papiers aus dem Bildungsressort. Man kann wohl sagen, dass eine Reihe von Menschen, die direkt oder indirekt an bremischen Bildungsreformen, an Bemühungen und Verzweiflungstaten der vergangenen Jahrzehnte mitgelitten haben, den Tag herbeigesehnt haben, an dem so etwas auf dem Tisch liegt. So geschehen auf der jüngsten Sitzung der Bildungsdeputation. Nicht ganz freiwillig, die Bürger-schaft hatte es im April verlangt, auch sie nicht ganz freiwillig, die CDU hatte im November einen entsprechenden Antrag gestellt. Ihm schlossen sich die Koalitionsfraktionen weitgehend an – damit wurde der Antrag zu einer Art parlamentarischen Ausrufezeichen, Halleluja, 17 Jahre nach der ersten Pisa-Studie.

Allerdings müssen Eltern, Kinder, Lehrer, Referendare, Studenten und Schulleiter tapfer bleiben: Falls das Papier umgesetzt wird, soll bis 2035 „auf Bundesebene der Anschluss an das Mittelfeld geschafft“ sein, so Bildungs-senatorin Claudia Bogedan. Angesichts dieser zeitlichen Dimension kann man bezweifeln, ob es sich bei den Plänen des Bildungsressorts überhaupt um etwas handelt, das den Namen Offensi-ve verdient. Nach der Erläuterung der Duden-Redaktion ist darunter nämlich ein „energischer Vorstoß“ zu verstehen. Die bremische Variante klingt eher nach dem vorweggenommenen Ergebnis der pompösen Zukunftskommission von

Bürgermeister Carsten Sieling.

Zu Recht hat der CDU-Bildungspoliti-ker Thomas vom Bruch angemerkt, dass die Generation, die mit dieser Offensive in Bremen durchweg eine durchschnittliche Schulbildung erhält, noch gar nicht geboren ist. Dafür könnte Claudia Bogedan 2035 noch im Amt sein. Ihr Alter steht dem jedenfalls nicht ent-gegen, anders könnte es eventuell bei ihrer Leistungsbilanz und der der SPD insgesamt aussehen.

Nun gut, lieber spät als nie – der Anschluss an das Mittelfeld soll in halbwegs absehbarer Zeit erreicht sein. Und was dann? Auch wenn es schwer-fällt: Man stelle sich vor, Bremen wüchse gedanklich über sich hinaus

organisatorisch betrachtet nun mal kein Fußballteam, wo der Trainer seine Methode ändert, in die Trillerpfeife pustet und die Spieler umgehend danach tanzen.

Im Gegenteil, es liegt scheinbar in der Natur der öffentlichen Verwaltung und seiner Strukturen, eher schwerfällig zu sein. Es gibt Pläne, es gibt Überlegun-gen, es gibt Arbeitsgruppen, es gibt Gutachten und externen Rat. Was erarbeitet wird, wird diskutiert. Was diskutiert wird, wird ausprobiert, und was ausprobiert wird, wird überprüft. Das kann dauern, zumal sich schon sachte Widerstand andeutet. Die Innovationsfreude des Personalrats hat durch bisherige Reformen und Reförm-chen offenbar etwas gelitten.

Das Bildungswesen wurde auch nicht an einem Tag ruiniert.

Dennoch: Mit einem Quäntchen guten Willens und ein paar Vorschuss-lorbeeren mag man der Bildungs-senatorin und ihrem Ressort zutrauen, dafür zu sorgen, dass sich Bremens Schüler in 18 Jahren bei Leistungsvergleichen nach und nach an das Mittelfeld herange-robirt haben. Leicht wird das nicht, die Anforderungen steigen. Es gibt schließ-lich auch andernorts Parlamente mit Ansprüchen und/oder Bildungsminister mit Ambitionen, was zu einem nationa-len Bildungsqualitäts-offensive-Wett-berb führen wird. Schließlich mag kein Land mit Bremen tauschen, niemand will dauerhaft Letzter sein.

In Bremen hat man über die Jahre einen Weg gefunden, in diversen Bildungsrankings die rote Laterne zu tragen, ohne sich tagein, tagaus in Grund und Boden zu schämen, und sich mit seinen Offensiven ein bisschen Zeit zu lassen. Aber die anderen, die erfolgsverwöhnten Bayern? Die könnten damit gar nicht umgehen. So ein dickes bremisches Fell, das wächst eben auch nicht über Nacht.

silke.hellwig@weser-kurier.de

Aus der Deckung kommen

Lothar Probst über den Volksentscheid in Bremen

Bei der Bundestagswahl am 24. September stimmen die Bremerinnen und Bremer auch über einen Volksentscheid zur Verlängerung der Legisla-turperiode der Bürgerschaft ab. Während sich die Bremer Parteien zu allen möglichen Fragen im Wahlkampf positionieren, herrscht zum Thema „Verlängerung der Legislaturperiode“ jedoch das große Schweigen. Man hat den Eindruck, die Parteien wollen sich an dem Thema bloß nicht die Finger verbrennen. Dabei sorgt erst die öffentliche Erörterung des Für und Wider dafür, dass das Thema auch bei den Wählerinnen und Wählern ankommt und wichtig genommen wird. Wenn das

Thema im Bundestagswahlkampf voll-kommen untergeht und die Beteiligung am Volksentscheid am Ende deutlich hinter der Beteiligung an der Bundestags-wahl zurückbleibt, wäre das peinlich.

Besonders die Befürworter einer Verlängerung müssen aus der Deckung kommen und offensiv dafür werben, wenn sie keine Niederlage erleiden wollen. Es ist richtig, das Volk über diese wichtige Frage abstimmen zu lassen, aber die Politik hat auch die Aufgabe, Orientierung zu geben. Das viel gehörte Argument, dass das Volk bei einer fünfjährigen Legislaturperiode an Einfluss verliert, muss ernst genommen werden. Aber stimmt es überhaupt? Alle anderen Bundesländer haben bereits eine fünf-jährige Legislaturperiode, die meisten schon seit vielen Jahren. Haben die Menschen deshalb dort weniger Einfluss auf die Politik als in Bremen? Im Gegenteil: In

Baden-Württemberg zum Beispiel werden Bürgerinnen und Bürger sogar an Gesetz-gebungsverfahren beteiligt. Es kommt also nicht auf die Länge einer Legislaturperiode an, ob Bürger Beteiligungs- und Mitsprachemöglichkeiten haben. In vielen Bereichen sind die Möglichkeiten der Einflussnahme von Bürgern und Verbän-den auf die Politik so gut wie nie zuvor: durch vorgeschriebene Beteiligungsver-fahren, Volksbegehren und Volksent-scheide, Online-Petitionen, das Klagerecht von Verbänden und die Bürgerbeteiligung über Beiräte. Das heißt nicht, dass es hier keinen Verbesserungsbedarf gibt.

In Bezug auf die Unterstützung und Implementierung von Bürgerbeteiligung liegt Bremen in vielen Bereichen hinter anderen Bundesländern. Da gibt es noch viel zu tun. Das spricht aber nicht gegen die Verlängerung der Legislaturperiode. In komplexer werdenden Zeiten brauchen

Frankfurter Allgemeine Zeitung

über die Reisewarnung: Aus Erdogans Sicht ist eine Reisewarnung für Türken mit Blick auf Deutschland nur konsequent. Der Macht-haber in Ankara zahlt es Berlin mit gleicher Münze heim, wohlwissend, dass die Lage ziemlich unterschiedlich ist. Während man als Deutscher in der Türkei vor staatlicher Willkür und Verfolgung nicht sicher sein kann, hat man als Türke in Deutschland alle Freiheiten. Es ist klar, dass sich das Regime Erdogan von den Werten der EU verabschie-det hat. Man muss ihm deshalb nicht noch den Gefallen tun, auf jede Provokation mit schärfsten Mitteln zu reagieren. Denn mit der Türkei, mit dem türkischen Volk be-stehen historische und zahlreiche familiäre und freundschaftliche Bande.“

Die Welt

über die Außenpolitik Obamas: „Trump agiert außenpolitisch unsouverän und ver-wirrt Verbündete. Dennoch ist es zu billig, allein den neuen Präsidenten mit Hohn und Spott zu überziehen wegen der verfahrenen Lage in Nordkorea. Barack Obama hatte acht Jahre Zeit, die Nordkoreaner von ihrem Vor-haben abzubringen. Diese Zeit jedoch hat er auf verantwortungslose Art und Weise vergeudet, anstatt das nordkoreanische Atom-Programm entscheidend zu verlang-samen. Nordkorea reiht sich damit ein in eine Serie von Außenpolitikdesastern, die Obamas Politik der Zurückhaltung in ein kri-tisches Licht rücken. ‚Mach keinen Scheiß‘, hat Obama einst selbst als die Quintessenz seiner Außenpolitik-Doktrin beschrieben.“

Mitteldeutsche Zeitung

über die Weidel-Mail. „Ob das Schreiben tatsächlich von Weidel stammt oder nicht, wird im Zweifel die Justiz entscheiden müs-sen. Unabhängig davon lässt sich feststel-len, dass das darin zutage tretende Gedan-kengut in der Partei anschlussfähig er-scheint. Radikale Ausfälle, auch vom Spit-zenpersonal, gibt es dort immer wieder. Unter AfD-Anhängern dürfte die jüngste De-batte Weidels Position eher stärken. Wer plant, die Partei zu wählen, sollte sich spä-testens jetzt die Frage stellen, ob das Land nicht doch etwas Besseres verdient hat.“

WESER KURIER
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN
Bremer Nachrichten
WESER-ZEITUNG - DIE NORDDEUTSCHE
Verdener Nachrichten
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG
Martinststraße 43, 28195 Bremen
Chefredaktion: Moritz Döbler (v.i.S.d.P.), Silke Hellwig
Geschäftsführender Redakteur: Christian Wagner
Chefredakteur: Jürgen Hinrichs - Chefredakteur Kultur/Medien:
Dr. Hendrik Werner - Politik: Joerg Helge Wagner
Bremen/Niedersachsen: Mathias Sonnenberg - Wirtschaft:
Philipp Jaklin - Kultur: Iris Hetscher - Sport: Jörg Niemyer (komm.)
Regionales: Antje Borstelmann, Michael Brandt,
Bernhard Komesker (komm.) - Leiter Zentralredsk: Markus Peters
Leiter Sonderthemen: Stefan Dammann - Art-Direktor:
Franz Berding - Büro Berlin: Steven Geyer (Leitung)
Büro Hannover: Peter Mlodoch - Büro Hamburg: Mona Adams
Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum
monatlich 34,90 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich:
David Koopmann, Tanja Bittner
Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 71.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:
montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, sonnabends von 9.30 bis
14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von
6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags von
9 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser
entnehmen Sie bitte Ihrer beigefügten Regionalausgabe.

Verlag:
Telefon: 0421/36710 Telefax: 0421/36711000

Abonnenten-Service:
Telefon: 0421/36716677 Telefax: 0421/36711020
E-Mail: abonmentenservice@weser-kurier.de
abonmentenservice@bremer-nachrichten.de

Nachliefer-Service: (bis 11 Uhr):
Telefon: 0800/3671222*
*Kostenlos aus dem Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen

Redaktion
Telefon: 0421/36710 Telefax: 0421/36711000
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
redaktion@bremer-nachrichten.de

Anzeigenannahme:
Telefon: 0421/36716655
Telefax: 0421/36711100 (Anzeigen)
Telefax: 0421/36711010 (Kleinanzeigen)
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
anzeigen@bremer-nachrichten.de



Unser Gastautor
ist Professor und Mitglied
des Instituts für Politik-
wissenschaft der Universi-
tät Bremen. Bis zu seiner
Pensionierung im April 2016
war er dort Leiter des Arbeits-
bereichs Wahl-, Parteien- und
Partizipationsforschung.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.